

Was ein grüner Parlamentarier herausfand : Bonn : Forschung an Biowaffen

Autor(en): **Hartmann, Horst**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **66 (1987)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340498>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sich warten lässt und sich bisher vor allem Getreide zur Umwandlung in Industrierohstoffe eignet, ist abzusehen, wofür die Erträge aus der Landwirtschaft in der 3. Welt verwendet werden: Nicht zur Ernährung der einheimischen Bevölkerung, sondern zur Rohstoffgewinnung für die Industrieländer.

Wiewohl also die Bio- und Gentechnologie als das Wundermittel gegen die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme angepriesen wird, führt sie voraussichtlich nur zu deren weiteren Verschärfung. Generell kann überhaupt nicht von einer Abkehr vom Glauben in die Machbarkeit technischer Lösungen und vom Streben nach Gewinnmaximierung die Rede sein. Die Bio- und Gentechniken sind nur ein weiteres Werkzeug der allgegenwärtigen Reparaturpolitik und vor allem eine umsatzträchtige Wachstumsbranche.

Im letzten Jahrzehnt wurden mehrere Milliarden Dollar in diesen Forschungszweig gesteckt. Das Risikokapital für die kleinen Bio-Boutiquen wurde auf dem Aktienmarkt flüssig gemacht. Alle diese Spekulanten warten immer noch darauf, dass sich ihre Investition auszahlt. Bisher konnten erst vier Produkte im Bereich der Pharmazie zur «Marktreife» gebracht werden. An das ganz grosse Geld sind die «Kleinen» noch nicht gekommen. Den langen, finanziellen Atem haben einmal mehr die Grosskonzerne. Doch für beide steigt durch das immense Investitionsvolumen der Erfolgswang. Solche Umstände bieten überhaupt keine Gewähr dafür, dass bei der Anwendung gentechnischer Verfahren Umzicht waltet. überall wird ohne Rücksicht auf ökologische, soziale und ökonomische Folgen nach rasch und unmittelbar kommerzialisierbaren Verfahren und Produkten in allen An-

wendungsbereichen der Bio- und Gentechnik geforscht. Die konkrete Gefahr, die von diesen neuen Techniken droht, ist von aussen nur schwer abzuschätzen. Von ihrem Charakter her unterscheiden sie sich aber grundsätzlich nicht von den bereits bekannten risikoreichen Technologien. Deshalb muss die öffentliche Diskussion und vor allem der Widerstand gegen die gentechnische Forschung jetzt einsetzen – auch wenn die Kom-

plexität der Materie das schwierig macht und noch keine Bioreaktoren im Bau sind, gegen die demonstriert werden könnte. Andernfalls wird uns auch die Gentechnologie als endgültig etablierte Technologie begegnen, an deren jetzt schon grossen Sachzwängen wir nur noch herumreparieren können. Und vom Pflaster aufkleben, Flickschustern und Symptome bekämpfen wollten wir ja eigentlich Abschied nehmen.

Was ein grüner Parlamentarier herausfand

Bonn: Forschung an Biowaffen

Von Horst Hartmann

Im Herbst 1985 bestätigte das Bundesverteidigungsministerium auf Grund einer Kleinen Anfrage der Grünen, dass 5,9 Millionen Mark für «wehrmedizinische Entwicklungsaufträge» vorgesehen seien. Der Landesgeschäftsführer der Grünen in Niedersachsen, Manuel Kiper, promovierter Molekularbiologe, ging der Angelegenheit nach und stellte fest, dass im Einzelplan 1420 des Haushaltes unter anderem ein Auftrag an das Institut für Virologie der Tierärztlichen Hochschule Hannover erteilt wurde.

Es handelte sich um ein Volumen von 950 000 DM für die «Immunprophylaxe der Arbovireninfektion». Kiper entdeckte im Reisebericht von Professor Volker Moenning, dem Leiter des Instituts, Hinweise auf dessen Aufenthalt in Fort Detrick im US-Bundesstaat Maryland, wo die Forschung an biologischen Waffen in Hochsicherheitslabors erfolgt.

Moenning hielt schriftlich fest, dass die Amerikaner an der en-

gen Zusammenarbeit mit deutschen Insituten interessiert sind, vor allem mit der «Wehrwissenschaftlichen Dienststelle» in Münster, Lüneburger Heide. Das Institut in Hannover hatte übrigens bereits 1983 für diese Dienststelle an der Herstellung monoklonaler Antikörper gegen Bakterien und Toxine gearbeitet. Schwerpunkt war dabei der Erreger des Maltafiebers.

Nach dem Übereinkommen über B-Waffen von 1972, dem auch die BRD beitrug, wird der Einsatz, die Entwicklung, Produktion und Lagerung biologischer Waffen verboten. Gestattet sind lediglich Arbeiten zu defensiven Zwecken. Doch der direkte Zusammenhang zwischen defensiven und offensiven Massnahmen ist offenkundig. Für Manuel Kiper zählt die Gewinnung eines Impfstoffes jedenfalls zur Voraussetzung für den Einsatz von B-Waffen, weil sonst die eigenen Truppen gefährdet werden.

Kiper hat deshalb öffentlich darauf hingewiesen, dass in

Hannover «Forschung an potentiellen B-Waffen» betrieben wird. Professor John Collins, Virus-Experte in Braunschweig, bezweifelt wie andere Fachleute den rein defensiven Charakter von Impfstoffen gegen B-Waffen. Die Hochschule trat schliesslich die Flucht nach vorne an und erwirkte im September 1986 mit der CDU-Landesregierung eine einstweilige Ver-

fügung gegen Kiper.

Der unbequeme Rüstungsgegner sollte 50 000 Mark zahlen, wenn er weiter behauptete, das Institut für Virologie betreibe Militärforschung an B-Waffen. Dagegen legte Kiper Widerspruch ein. Das Landgericht Hannover entschied im Juni 1987, dass Manuel Kiper weiterhin behaupten darf, dass an der Tierärztlichen Hochschule Han-

nover «Militärforschung an potentiellen Biowaffen und biologischen Kampfstoffen» betrieben wird.

Der Antrag zur Zahlung eines Ordnungsgeldes wurde zurückgewiesen und die einstweilige Anordnung aufgehoben. Kiper hat auf der ganzen Linie gesiegt. Die Bonner Militärforschung ist allerdings weiter ins Zwielicht geraten.

Über die grosse Koalition und die Grünen in Österreich

«Eine Partei ist eine Partei ist eine Partei»

Jon Andrea Florin sprach mit Günther Nenning

Nachdem Günther Nenning, Mitglied der SP-Basel-Stadt und der SJU, aus der österreichischen SP und Mediengewerkschaft rausgeworfen wurde, wurde er zum Vordenker der Grünen in Österreich. Und als ihm die Querelen und Intrigen um Plätze auf der grünen Parlamentswahlliste zu bunt wurden, ist er bei den Grünen ausgestiegen. Nun steht er der grünen Bewegung «abwartend loyal» gegenüber. Jon Andrea Florin hat mit Günther Nenning ein Gespräch geführt.

F: Was halten Sie von der grossen Koalition?

Nenning: Nichts. Das wichtigste Argument für die grosse Koalition ist, dass Österreich saniert werden müsse.

F: Muss Österreich tatsächlich saniert werden?

Nenning: Die alte Politik muss saniert werden. Das ist ein hoffnungsloses Unterfangen. Sonst wird gar nichts anderes saniert – im Gegenteil: Das Drüberstülpen der alten Politik über die neue Krise macht alles immer schlimmer.

F: Was heisst neue Krise?

Nenning: Dass Österreich mit der gebührenden Verspätung dort angelangt ist, wo der übrige Westen schon lange steht – nämlich bei einer hohen Grundarbeitslosigkeit. Das heisst, dass auf Dauer Menschen aus dem Produktionsprozess herausfallen. Es ist nicht so, dass man sagen kann: Jetzt ist Krise, aber ihr werdet wieder Arbeit bekommen. Sondern andersrum: Es ist Krise und deswegen werdet ihr nie mehr Arbeit bekommen. Nicht auf die bisherige Art und Weise. Und die bisherige Art und Weise ist das Regierungsprogramm der grossen Koalition. Da steht nichts anderes drin als «auf die bisherige Art und Weise Regieren und Wirtschaften».

F: Nun sagen die Anhänger der grossen Koalition: Wenn jemand eine Politik durchziehen muss, die die Ursachen dieser Sockelarbeitslosigkeit behebt, dann muss er breit abgestützt sein. Und das kann nur eine grosse Koalition sein.

Nenning: Na wer stützt breit? Die Leute, die gar keine neue

Politik machen wollen. Das ist ein Demokratieproblem.

F: Sie glauben 80 Prozent der Leute sind zufrieden?

Nenning: Nein, sie sind nicht zufrieden. Sie spüren emotional aber noch nicht politisch, dass es eine grundlegende Veränderung braucht, dass eine Art Endzeit da ist. Die Mehrheit spürt das, aber die Folgerung daraus – dass es eine neue Politik braucht – ziehen nur ein Drittel bis ein Viertel. Das reicht an sich, um Veränderungen zu bewirken. Veränderungen werden immer von Minderheiten gemacht. Denn, das Rezept für die eingeschränkte Form der Demokratie, die wir haben – sie lebe hoch, sie ist viel besser als alle Diktaturen, bla, bla bla – lautet: Minderheiten handeln für Mehrheiten. Sie lassen sich legitimieren durch viereinhalb Millionen Wähler. Aber die handeln nicht. So ist es ja nicht, dass es in den alten Parteien nur Leute gibt, die an der bisherigen Form des Regierens hängen. In beiden Grossparteien sind viele Leute, die sagen: Nein, nein wir wollen's anders. Aber die Um-